



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

PRESSEKONFERENZ

Frankfurt am Main, 7. November 2013

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Ich werde Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, in der wir eine Reihe von Beschlüssen zu den Leitzinsen der EZB, zu den zukunftsgerichteten Hinweisen und zur Liquiditätsbereitstellung getroffen haben.

Erstens hat der EZB-Rat auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse beschlossen, den **Zinssatz** für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems um 25 Basispunkte auf 0,25 % und den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 25 Basispunkte auf 0,75 % zu senken. Der Zinssatz für die Einlagefazilität wird unverändert bei 0,00 % belassen. Diese Beschlüsse stehen im Einklang mit unseren zukunftsgerichteten Hinweisen vom Juli 2013 und basieren auf den jüngsten Indikatoren, die – ausgehend von den derzeit niedrigen jährlichen Teuerungsraten von unter 1 % - auf mittlere Sicht einen weiterhin abnehmenden Preisdruck im Euro-Währungsgebiet signalisieren. In dieses Bild passt auch, dass das Geldmengen- und insbesondere das Kreditwachstum nach wie vor verhalten sind. Gleichzeitig sind die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen für das Eurogebiet weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung unter, aber nahe 2 % zu halten. Eine derartige Konstellation deutet darauf hin, dass der Euroraum über einen längeren Zeitraum hinweg niedrige Inflationsraten verzeichnen könnte; erst später dürfte es zu einem allmählichen Anstieg hin zu einer Preissteigerung von unter, aber nahe 2 % kommen. Dementsprechend wird der akkommodierende geldpolitische Kurs so lange wie erforderlich beibehalten. Er wird dadurch auch weiterhin die allmähliche Konjunkturerholung stützen, die sich bis Oktober in den Vertrauensindikatoren widerspiegelt.

Zweitens unterzog der EZB-Rat nach den heutigen Zinssenkungen die zukunftsgerichteten Hinweise vom Juli einer Überprüfung und bestätigte seine Erwartung, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden. Diese Einschätzung beruht weiterhin auf den auch mittelfristig insgesamt gedämpften Inflationssaussichten vor dem Hintergrund der verbreitet schwachen Wirtschaft und der verhaltenen Geldmengenentwicklung.

Drittens beobachten wir weiterhin die Bedingungen am Geldmarkt und deren mögliche Implikationen für unseren geldpolitischen Kurs genau. Wir sind bereit, alle verfügbaren Instrumente in Erwägung zu ziehen, und haben in diesem Zusammenhang heute beschlossen, die Hauptrefinanzierungsgeschäfte

Übersetzung: Deutsche Bundesbank

(HRGs) so lange wie erforderlich, jedoch mindestens bis zum Ende der sechsten Mindestreserve-Erfüllungsperiode des nächsten Jahres am 7. Juli 2015, weiterhin als Mengentender mit Vollzuteilung durchzuführen. Auch bei den Refinanzierungsgeschäften des Eurosystems mit einer Sonderlaufzeit von der Dauer einer Erfüllungsperiode, die ebenfalls so lange wie nötig, mindestens aber bis zum Ende des zweiten Quartals 2015 durchgeführt werden, kommt dieses Verfahren weiter zum Einsatz. Der Festzins dieser Refinanzierungsgeschäfte mit Sonderlaufzeit wird dem jeweils geltenden Hauptrefinanzierungssatz entsprechen. Des Weiteren haben wir beschlossen, die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (LRGs) mit dreimonatiger Laufzeit bis zum Ende des zweiten Quartals 2015 als Mengentender mit Vollzuteilung durchzuführen. Die Zinssätze für diese dreimonatigen LRGs werden dem durchschnittlichen Zinssatz der während der Laufzeit des jeweiligen Geschäfts durchgeführten HRGs entsprechen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Nach sechs Quartalen rückläufigen Produktionswachstums in Folge stieg das reale BIP des Eurogebiets im zweiten Jahresviertel 2013 um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal. Die Entwicklung der umfragebasierten Vertrauensindikatoren, die gegenwärtig für den Zeitraum bis Oktober verfügbar sind, steht mit einem anhaltenden, wenn auch moderaten Wachstum in der zweiten Jahreshälfte im Einklang. Mit Blick auf die Zukunft dürfte sich die Produktion weiter langsam erholen, insbesondere aufgrund einer sukzessiven Belebung der Binnennachfrage, die durch den akkommodierenden geldpolitischen Kurs gestützt wird. Darüber hinaus dürfte die Konjunktur von einer allmählichen Zunahme der Nachfrage nach Exporten des Eurogebiets profitieren. Überdies scheinen die allgemeinen Verbesserungen, die seit dem vergangenen Jahr an den Finanzmärkten zu verzeichnen sind, nach und nach auf die Realwirtschaft durchzuwirken, was auch mit Blick auf die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung zu erwarten ist. Zudem hat sich der allgemein schwächere Anstieg der Energiepreise in letzter Zeit positiv auf die Realeinkommen ausgewirkt. Gleichwohl ist die Arbeitslosigkeit im Euroraum nach wie vor hoch, und die notwendigen Bilanzanpassungen im öffentlichen und im privaten Sektor werden die Wirtschaftsentwicklung weiterhin belasten.

Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Eurogebiet sind nach wie vor abwärtsgerichtet. Die Entwicklung der Bedingungen an den globalen Geld- und Finanzmärkten sowie damit verbundene Unsicherheiten könnten sich negativ auf die Konjunkturlage auswirken. Zu den anderen Abwärtsrisiken zählen höhere Rohstoffpreise sowie die Möglichkeit, dass die inländische Nachfrage und das Exportwachstum schwächer als erwartet ausfallen, und eine langsame oder unzureichende Umsetzung von Strukturreformen in den Ländern des Eurogebiets.

Die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI für das Euro-Währungsgebiet sank der Vorausschätzung von Eurostat zufolge von 1,1 % im September 2013 auf 0,7 % im Oktober. Ausschlaggebend für diesen unerwartet kräftigen Rückgang waren in erster Linie ein geringerer Preisauftrieb bei den Nahrungsmitteln, stärkere Preissenkungen bei Energie und eine sich leicht abschwächende Teuerung

Übersetzung: Deutsche Bundesbank

bei den Dienstleistungen. Auf der Grundlage der aktuellen Terminpreise für Energie dürften die jährlichen Inflationsraten auch in den kommenden Monaten auf einem niedrigen Niveau liegen. Im Euro-Währungsgebiet dürfte der zugrunde liegende Preisdruck auf mittlere Sicht gering bleiben. Gleichzeitig sind die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen für das Eurogebiet weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung unter, aber nahe 2 % zu halten. Eine derartige Konstellation deutet darauf hin, dass der Euroraum über einen längeren Zeitraum hinweg niedrige Inflationsraten verzeichnen könnte; erst später dürfte es zu einem allmählichen Anstieg hin zu einer Preissteigerung von unter, aber nahe 2 % kommen.

Unter Berücksichtigung der heutigen Beschlüsse sind die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung mittelfristig weitgehend ausgewogen. Aufwärtsrisiken ergeben sich vor allem aus höheren Rohstoffpreisen sowie stärker als erwartet steigenden administrierten Preisen wie auch indirekten Steuern, und Abwärtsrisiken resultieren aus einer schwächer als erwartet verlaufenden Konjunktur.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so bestätigen die Daten für September die verhaltene Grunddynamik des Wachstums der weit gefassten Geldmenge (M3) und vor allem des Kreditwachstums. Die Vorjahrsrate von M3 verlangsamte sich im September auf 2,1 % nach 2,3 % im August. Das Jahreswachstum von M1 war mit 6,6 % weiterhin kräftig, worin sich eine Präferenz für liquide Mittel widerspiegelt, wenngleich es unter dem im April verzeichneten Höchststand von 8,7 % lag. Das jährliche M3-Wachstum wurde weiterhin hauptsächlich durch die Nettokapitalzuflüsse in das Euro-Währungsgebiet getragen, während die Jahresänderungsrate der Buchkredite an den privaten Sektor schwach blieb. Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte Zwölfmonatsrate der Buchkreditvergabe an private Haushalte lag im September bei 0,3 % und ist damit seit dem Jahreswechsel weitgehend unverändert geblieben. Die ebenfalls um Verkäufe und Verbriefungen bereinigte jährliche Änderungsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften betrug im September -2,7 % nach -2,9 % im August. Insgesamt kommen in der schwachen Entwicklung der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften nach wie vor im Wesentlichen deren verzögerte Reaktion auf den Konjunkturzyklus, das Kreditrisiko sowie die anhaltenden Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor zum Ausdruck. Unterdessen sind der Umfrage zum Kreditgeschäft vom Oktober 2013 zufolge erste Anzeichen einer Stabilisierung der Kreditbedingungen für Unternehmen und private Haushalte vor dem Hintergrund einer weiterhin schwachen Kreditnachfrage zu beobachten.

Seit Sommer vergangenen Jahres hat sich die Refinanzierungssituation der Banken erheblich verbessert. Zur Gewährleistung einer angemessenen Transmission der Geldpolitik auf die Finanzierungsbedingungen in den Euro-Ländern ist es wichtig, dass die Fragmentierung der Kreditmärkte im Euroraum weiter abnimmt und die Widerstandsfähigkeit der Banken erforderlichenfalls erhöht wird. Durch die umfassende Prüfung der EZB vor Übernahme ihrer Aufsichtsfunktion im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus wird dieser

Übersetzung: Deutsche Bundesbank

Vertrauensbildungsprozess weiter gestärkt. Zudem wird die Prüfung die Qualität der verfügbaren Informationen zur Situation der Banken verbessern und die Identifikation und Umsetzung notwendiger Korrekturmaßnahmen nach sich ziehen. Weitere entschiedene Maßnahmen zur Schaffung einer Bankenunion werden dabei helfen, das Vertrauen in das Finanzsystem wiederherzustellen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der wirtschaftlichen Analyse zufolge der Euroraum – unter Berücksichtigung der heutigen Beschlüsse – über einen längeren Zeitraum hinweg niedrige Inflationsraten verbuchen könnte; erst später dürfte es zu einem allmählichen Anstieg hin zu einer Preissteigerung von unter, aber nahe 2 % kommen. Die **Gegenprüfung** anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigt dieses Bild.

Was die **Finanzpolitik** anbelangt, so sollte gemäß der Herbstprognose 2013 der Europäischen Kommission die Defizitquote für das Euro-Währungsgebiet weiter zurückgehen und 2014 bei 2,5 % liegen nach 3,1 % im laufenden Jahr. Gleichzeitig dürfte die öffentliche Schuldenquote auf Euroraumebene von 95,5 % im laufenden auf 95,9 % im nächsten Jahr ansteigen. Damit die hohen Schuldenquoten wieder sinken, sollten die Regierungen in ihren Bemühungen um eine Verringerung der staatlichen Haushaltsdefizite nicht nachlassen und ihre Konsolidierungsanstrengungen mittelfristig aufrechterhalten. Bei der Ausgestaltung der Konsolidierungsstrategien sollten wachstumsfreundliche Maßnahmen mit mittelfristiger Ausrichtung im Vordergrund stehen, die auf eine höhere Qualität und Effizienz öffentlicher Dienstleistungen abzielen und gleichzeitig die durch die Besteuerung bedingten Verzerrungseffekte so gering wie möglich halten. Die Regierungen müssen zudem ihre Anstrengungen zur Umsetzung der notwendigen **Strukturenreformen** an den Güter- und Arbeitsmärkten entscheidend verstärken. Fortschritte wurden bei der Reduzierung der Leistungsbilanzdefizite und der Unterschiede zwischen den Lohnstückkosten erzielt, doch bedarf es noch erheblicher Anstrengungen, um die Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern, den Abbau der Ungleichgewichte im Euroraum zu unterstützen und flexiblere und dynamischere Volkswirtschaften zu schaffen, welche ihrerseits nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Beschäftigung generieren.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Generaldirektion Kommunikation und Sprachendienst
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.